

Berichtsblatt - Kurzfassung des Vorhabens ¹

Zuwendungsempfänger: proHolzBW GmbH, Dr.-Ing. Dennis Röver	Förderkennzeichen: 2221KB0001
Thema: Handlungsleitfaden für die Ausschreibung und Vergabe von Holzbauleistungen (HAvE)	
Laufzeit des Vorhabens: 01.07.2021 bis 15.12.2021	

Projektbeschreibung: (maximal 2.000 Zeichen)

Das Ziel des Projektvorhabens liegt in der Entwicklung eines praktikablen Handlungsleitfadens für die öffentliche Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen in Holzbauweise. Damit wird es künftig leichter, klimafreundliche Bauprojekte auf kommunaler wie auch privater Ebene zu forcieren und zu realisieren.

Das Bauen mit Holz muss angesichts des dramatischen Klimawandels als gesamtgesellschaftliches Anliegen begriffen werden. Darauf weisen die unterschiedlichen Initiativen verschiedener Regierungen in den einzelnen Bundesländern deutlich hin. Auch auf kommunaler Ebene artikulieren sich die politischen Gremien in Richtung des Bauens mit nachwachsenden Rohstoffen durch Selbstverpflichtungserklärungen oder Punktesysteme mit dem Schwerpunkt auf nachhaltiger Beschaffung. Nachhaltigkeitsbeauftragte sollen dieses Anliegen konkret umsetzen.

Der Nachhaltigkeitsbezug (Umwelt, Klimaschutz und Ressourcenschonung) gewinnt stetig größere Bedeutung. Allerdings findet dieser Anspruch im öffentlichen Vergabeverfahren noch nicht die notwendige und angemessene Beachtung. Daraus resultiert eine große Unsicherheit in der zielgerechten Ausschreibung von Holzbauweisen.

Der Leitfaden soll den Gemeindevertretern die Notwendigkeit des Bauens mit Holz und dessen Vorteile vor Augen führen sowie den ausschreibenden Stellen in Kommunen und Kreisen Sicherheit bei der Abfassung der Ausschreibungen vermitteln. Der Leitfaden soll ebenfalls den Hochschulen und der ausführenden Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Begleitend sind Schulungsveranstaltungen für die obengenannten Stellen in Planung.

Projektergebnisse: (maximal 2.000 Zeichen)

Die eingehenden Recherchen, Expertentreffen, Fachgespräche sowie die gutachterliche Stellungnahme der Kanzlei Dolde Mayen und Partner zeigen eindeutig, dass das Vergaberecht für öffentliche Bauherren ausreichend Raum bietet, um den Holzbau zukünftig auch bei größeren Bauvorhaben zu präferieren. Das ist vor allem von dem Leistungsbestimmungsrecht des Auftraggebers abzuleiten. Wenn sich also das politische Gremium für das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen z.B. im Rahmen einer Selbstverpflichtung oder eines Punktesystems entscheidet, kann die ausschreibende Stelle (z.B. Bauamt oder externer Architekt) die Holzbauweise direkt ausschreiben. Ebenso verhält es sich im Falle eines Planerwettbewerbs.

Die Arbeitsprozesse haben den rechtlichen Hintergrund der Vergabeproblematik sowie die kommunalpolitischen Hindernisse und Wirkungsmechanismen in den verschiedenen Gremien beleuchtet und Empfehlungen zum zielgerichteten Vorgehen gegeben.

Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt feststellbar, dass das Wissen um die technischen und ökologischen Potentiale des Holzbaus bei den kommunalen Entscheidern noch nicht ausreichend vorhanden ist und noch viel Aufklärungsarbeit vor allem in der nicht fachlich beschlagenen Bevölkerung geleistet werden muss. Der Handlungsleitfaden wird sowohl der mit der Ausschreibung betrauten Verwaltung ein Stück weit Rechtssicherheit bieten als auch den ehrenamtlichen Ratsmitgliedern stichhaltige Argumentationshilfen für ihr Abstimmungsverhalten an die Hand geben. Dies wird mithilfe der Seminare noch verstärkt werden. Bereits jetzt sind die erarbeiteten Ergebnisse eine wertvolle Arbeitshilfe bei der Beratung von Kommunen, die gegenwärtig Bauvorhaben oder Planerwettbewerbe vorbereiten. Ebenso bei Gesprächen mit Architekten bzw. kommunalen Wohnungsbauverbänden. Insbesondere die gutachterliche Stellungnahme ist bereits sehr hilfreich, sobald es um Vorhaben geht, für die öffentliche Fördermittel in Anspruch genommen werden.

¹ Das Berichtsblatt ist bei Verbundvorhaben für jedes Teilvorhaben separat zu erstellen.

